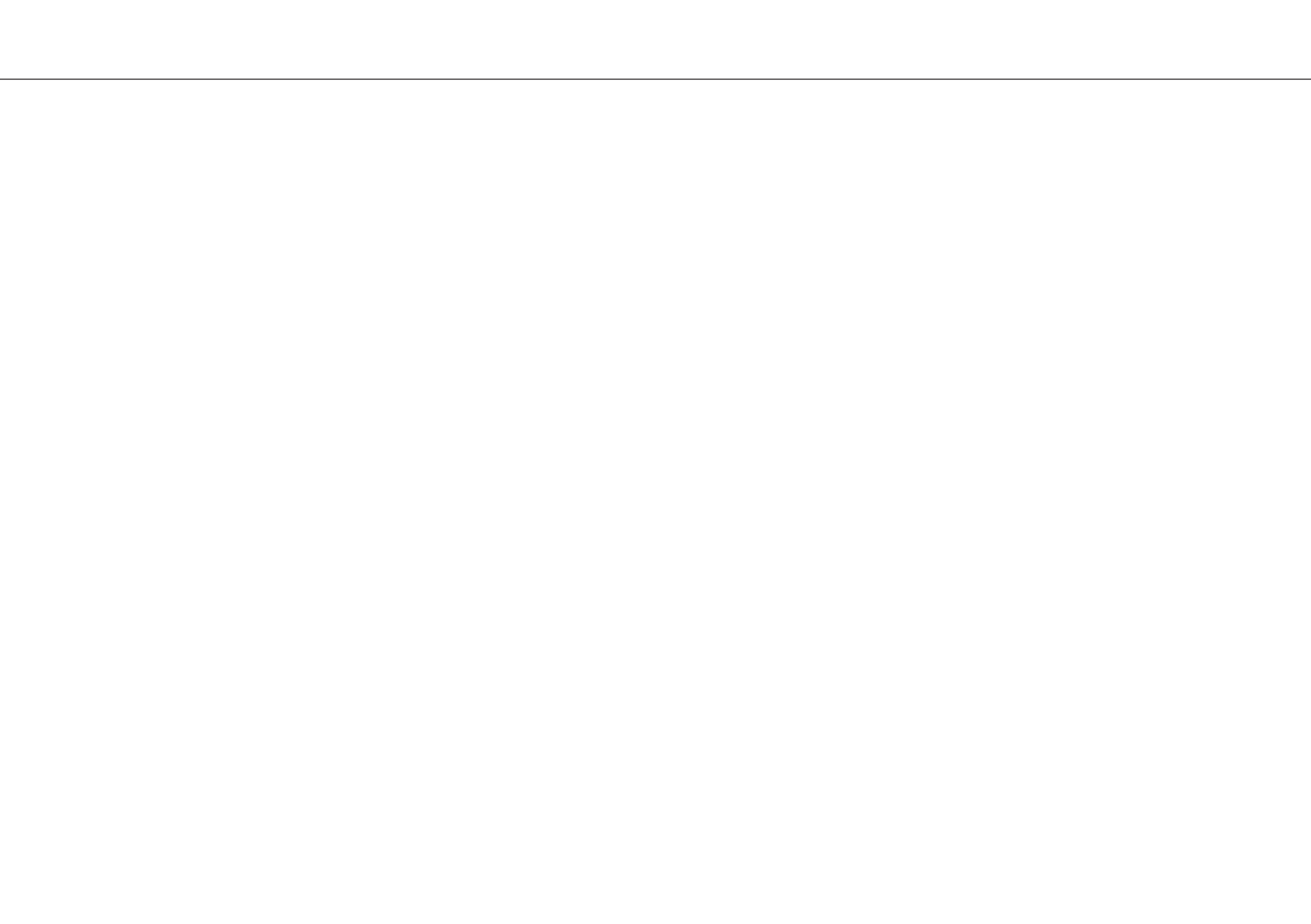


justice n 1 the g
administration
and accepted p
justice to cap
to justice to

**GERECHTIGKEIT –
KONKRET!**





INHALT

VORWORTE

Dr. Klaus Engel

*Vorstandsvorsitzender der Evonik Industries AG sowie
Vorsitzender des Kuratoriums der Bonner Akademie*

5

Prof. Bodo Hombach

Präsident der Bonner Akademie

9

VERANSTALTUNGEN

Impressionen von den Workshops
zum Thema Gerechtigkeit

13

Diskussionsveranstaltung „Wie gerecht hätten Sie's denn
gerne? Gerechtigkeit zwischen Wunsch und Wirklichkeit“

19. November 2014

17

„GERECHTIGKEIT“ IN DEUTSCHLAND

Prof. Manfred Güllner

*Gründer und Geschäftsführer
des Meinungsforschungsinstituts forsa*

23

DER WERT DER GERECHTIGKEIT

Prof. Dr. Markus Gabriel

*Inhaber des Lehrstuhls für Erkenntnistheorie, Philosophie
der Neuzeit und Gegenwart an der Universität Bonn*

29



Dr. Klaus Engel

Vorstandsvorsitzender der Evonik Industries AG
sowie Vorsitzender des Kuratoriums der Bonner Akademie

VORWORT

KLAUS ENGEL

Die Frage, was Gerechtigkeit ist, beschäftigt seit Jahrtausenden Philosophen und Praktiker. Marie von Ebner-Eschenbach hat geschrieben: „In der Jugend denken wir, Gerechtigkeit sei das Geringste, das uns zustünde. Mit dem Alter aber merken wir: es ist das Höchste, das Schwierigste.“ Gerecht zu sein, ist nicht nur christlicher Auftrag. Es ist eine allgemein-ethische Herausforderung, die den Menschen in seiner familiären und sozialen Einbindung genauso betrifft wie den Unternehmer oder den Politiker. Alle wollen „gerecht“ sein.

Gerechtigkeit ist ein formenreicher und formbarer Begriff, dessen Konturen abhängig sind von den Wertvorstellungen desjenigen, der gerade die Gerechtigkeit sucht. Dem einen erscheint gerecht, was der andere als ungerecht ablehnt.

Dennoch: die Suche nach Gerechtigkeit ist trotz ihrer Subjektivität nicht so aussichtslos. Vor mehr als 2000 Jahren fand der griechische Denker Epikur: „Die natürliche Gerech-

tigkeit ist eine Abmachung über das Zuträgliche, um einander weder zu schädigen noch sich schädigen zu lassen.“ Seither sind in Verfassungen, Gesetzen, Verträgen, in Abmachungen und ethischen Codices Regelwerke entstanden, die Gerechtigkeit auf Dauer sichern sollen.

In unserem Land unternimmt die Verfassungsordnung diesen Versuch zur Gerechtigkeit, sie sichert dem Individuum bürgerliche Grundfreiheiten als Voraussetzungen eines menschenwürdigen Daseins. Im ordnungspolitischen Zusammenhang haben wir uns dem Modell der sozialen Marktwirtschaft verschrieben, denn es kombiniert die Vorzüge der Marktwirtschaft mit sozialer Verantwortung in besonderer Weise.

Das alles funktioniert nur, wenn sich alle an die vereinbarten Regeln halten. Diese individuelle Regeltreue ist eine gerechtigkeitsichernde Voraussetzung unserer Gesellschafts- und Wirtschaftsordnung. Eine Gesellschaft, eine soziale Markt-

wirtschaft wird nur funktionieren, wenn alle diese Regeln einhalten. Das gilt für Bürger und Politiker ebenso wie für Unternehmen und Institutionen.

Letztlich aber sind es immer Menschen, die über das Verhalten von Institutionen entscheiden. Ihr individueller Wertevorrat – ihr „Gewissen“ – entscheidet darüber, ob die Regeltreue gehalten oder gebrochen wird, ob eine Gesellschaft moralisch stabil ist oder verkommt. In dieser Erkenntnis liegen Hoffnung und Herausforderung zugleich: Gerechtigkeit ist möglich, wenn alle das wollen!





Prof. Bodo Hombach

Präsident der Bonner Akademie für Forschung und Lehre praktischer Politik

VORWORT

BODO HOMBACH

Eine Karikatur zeigte eine fünfköpfige Familie auf Wanderung zur nächsten Jugendherberge. Jedes Mitglied trug seinen Rucksack, der Vater einen winzigen, der jüngste Sohn einen riesigen. Es herrschte eine Form von Gerechtigkeit. Alle waren – mit Rucksack, also brutto – gleich schwer. Der Betrachter merkt: So kann es nicht gehen.

Gerechtigkeit: Das Wort geht um in unserem Land. Ob real begründet oder nur gefühlt. Es gibt Gesprächsbedarf über das Maß an Gerechtigkeit in der deutschen Gesellschaft. Gewiss auf hohem Niveau, denn in der gesamten Geschichte gab es hierzulande noch keine Epoche mit einem so hohen Pegelstand an sozialer Sicherheit, Förderung der Benachteiligten, Transparenz der Entscheidungen und Mitwirkungsmöglichkeit der Betroffenen. Statistisch gesehen leben wir in der besten aller Welten.

Das aber tröstet keinen, der konkret an der Unterkante vegetiert, während andere sinnlosen Reichtum anhäufen.

Unterschiede wird es immer geben, denn Menschen sind verschieden nach Herkunft, persönlicher Konstitution, Bedürfnissen. Alle Versuche, sie diesbezüglich einzuebnen und den „neuen Menschen“ zu erschaffen, sind gescheitert. Unruhig werden sie jedoch und bleiben es, wenn ihnen Rechte vorenthalten werden, und Chancen ungleich verteilt sind. Dann reden sie von „Lücke“ und „Defizit“, murren und rotten sich zusammen.

Aber auch das ist wahr: Gerechtigkeit ist nicht die parasitäre Existenz, die sich von der Allgemeinheit tragen und aushalten lässt, ohne sich selbst an der Schaffung des Gemeinwohls und an einem vernünftigen Ausgleich der Interessen zu beteiligen. Solche gibt es nicht nur in der „sozialen Hängematte“, sondern auch auf dem Börsenparkett. Gleiche Chancen haben, ist das eine. Sie nutzen, ist das andere. Und wie sie genutzt werden, ist das Dritte.

So ist das mit den Elementarbegriffen: Auf Abstand sind sie jedermann klar. Wenn man sich ihnen nähert, werden sie merkwürdig.

Ideologische Konzepte sind unbrauchbar. Sie erklären die ganze Welt aus einem Punkte. Sie können die Massen mobilisieren, führen sie aber in die Sackgasse. – Gerechtigkeit ist auch keine Formel mit Gleichheitszeichen. Sie geht nie restlos auf. Also bleibt sie eine immer zu lösende Aufgabe und stellt den praktischen Politiker vor ein Dilemma. Die Komplexität der Aufgabe schüchtert ihn ein, er hat aber täglich damit zu tun. Ein abstrakt schlüssiges Konzept wird ihm nicht gelingen, vielleicht aber – am Ende des Tages – ein kleiner Schritt in die richtige Richtung.

Ist Gerechtigkeit ein subjektives Gefühl, das mit den realen Tatsachen nur bedingt zu tun hat? Von innen betrachtet, sieht auch ein Hamsterrad aus wie eine Karriereleiter.

Ist Gerechtigkeit eine moralische Kategorie oder eine der pragmatischen Vernunft? Welcher Entwurf irdischer Gerechtigkeit kann sich behaupten gegen die Ungerechtigkeit einer schweren Krankheit, eines frühen Todes, einer schiefen Nase oder der furchtbaren Tatsache, zufällig in Syrien geboren zu sein?

Und kaum ein Begriff verändert sich ähnlich stark im Lauf der Geschichte.

Lange ging es um Konformität mit einer als göttlich vermuteten Weltordnung. Da auch um Handlungsgerechtigkeit

und das persönliche Bemühen um gerechte Entscheidung. Heute interessiert uns mehr die Systemgerechtigkeit der Verhältnisse, also der Strukturen des Staates und seiner Gesellschaft.

In rascher Folge tauchen neue Begriffe und Anwendungen auf: Wir sagen „Frauenquote“ und wollen die Geschlechtergerechtigkeit. Wir sagen „Nachhaltigkeit“ und meinen die Generationengerechtigkeit. Die Übernahme des globalen Denkens aus den Köpfen der Philosophen und Utopisten in den allgemeinen Sprachgebrauch macht Gerechtigkeit zu einer universellen Kategorie.

Die hier vorgelegte Publikation ist der Ertrag eines Forschungsprojektes aus gegebenem Anlass. Im Wahlkampf für den gegenwärtigen Bundestag spielte der Begriff „Gerechtigkeit“ eine herausfordernde Rolle. Hier wird er nun aus verschiedenen Blickwinkeln be- und durchleuchtet. Der Leser hat doppelten Gewinn: Der schillernde Begriff wird klarer, wo er bisher im Nebel stand. Und er wird merkwürdig und reichhaltig, wo er bisher als allzu eindeutig erschien. – Wenn das gelang, erfüllt sich der Daseinszweck dieser Akademie, denn mehr kann sie nicht wollen und nicht erreichen.







IMPRESSIONEN VON DEN WORKSHOPS ZUM THEMA GERECHTIGKEIT

Die Bonner Akademie führte im Jahr 2014 vier Workshops und Fachtagungen mit Wissenschaftlern und Experten aus Politik, Medien und Wirtschaft durch, bei denen die allgemeine Definition sowie die konkrete praktische Auslegung des Begriffs „Gerechtigkeit“ im Fokus standen. Die dort diskutierten Inhalte sind ein wesentlicher Bestandteil dieser Publikation und werden auch auf weitere Forschungsprojekte der BAPP Einfluss haben.









DISKUSSIONSVERANSTALTUNG WIE GERECHT HÄTTEN SIE'S DENN GERNE? GERECHTIGKEIT ZWISCHEN WUNSCH UND WIRKLICHKEIT AM 19. NOVEMBER 2014

Zu der Diskussionsrunde der Bonner Akademie „Wie gerecht hätten Sie's denn gerne? Gerechtigkeit zwischen Wunsch und Wirklichkeit“ fanden sich am 19. November 2014 rund 200 Besucher im Bonner Universitätsforum ein. Hauptredner der Veranstaltung war **Armin Laschet MdL**, stellvertretender Vorsitzender des CDU-Bundesvorstands sowie Vorsitzender der CDU Landtagsfraktion und der CDU Nordrhein-Westfalen.

Nach der Begrüßung durch den Präsidenten der Bonner Akademie, **Prof. Bodo Hombach**, folgte dessen Einführung in das Thema Gerechtigkeit: „Kaum eine Debatte wird so regelmäßig und emotional geführt, wie die um das Thema Gerechtigkeit“, so Hombach, der dazu direkt die passende Begründung lieferte: „Es liegt wohl daran, dass eine allgemeingültige Definition von Gerechtigkeit nicht überall gleich durchzusetzen ist. Was für den einen gerecht ist, kann für den anderen ungerrecht sein – und umgekehrt.“

Nach seinen Ausführungen übergab Prof. Hombach das Wort an **Armin Laschet**, der seinen Vortrag passend mit einem Umfragewert begann: „52% der Deutschen finden, dass es in Deutschland nicht gerecht zugeht.“ Ein bedenklich hoher Wert. Denn Gerechtigkeit misst Laschet an der Möglichkeit, auf der sozialen Leiter aufzusteigen: „Jedem, egal wo er herkommt, die gleichen Aufstiegschancen zu verschaffen, das verstehe ich unter Gerechtigkeit.“ Die Aufgabe der Politik sei es, für eine größere soziale Mobilität zu sorgen.

Abschließend diskutierte er zusammen mit dem Musiker **Peter Maffay**, der sich mit seiner Peter-Maffay-Stiftung schon seit Jahren sozial engagiert, **Rüdiger Oppers**, dem Bevollmächtigten des Vorstandes der Evonik Industries AG, und **Prof. Dr. Markus Gabriel**, Inhaber des Lehrstuhls für Erkenntnistheorie, Philosophie der Neuzeit und Gegenwart an der Universität Bonn. Moderiert wurde die Diskussionsrunde von





Dr. Alexander Kissler, Leiter des Kulturressorts „Salon“ beim Magazin Cicero.

”

Das Wort Gerechtigkeit
ist auf Universalität angesetzt.

Zunächst erläuterte Prof. Gabriel Platons Verständnis von dem Zusammenhang zwischen Gerechtigkeit und Staat. Dieser müsse „jedem Einzelnen die Möglichkeit geben, das Seine tun zu können“. Laut Peter Maffay besteht die Aufgabe des Staats darin, die Schwächeren mitzuziehen. Dennoch sei auch jeder Einzelne Mitträger dieser Verantwortung: „Der Staat sind wir. Und wir müssen dem von uns formulierten Regelwerk gerecht werden, nämlich, dass wir vor dem Gericht alle gleich sind.“ Laschet betonte aber auch, dass Gerechtigkeit niemals Gleichheit bedeute. Zwar sei es wichtig, die gleichen Aufstiegschancen zu ermöglichen, sollte jedoch ein härter arbeitender Mensch mehr verdienen als sein Kollege, so sei dies durchaus gerecht.

Also soziale Gerechtigkeit contra Leistungsgerechtigkeit? Auf die Frage von Dr. Alexander Kissler, ob es Bevormundung sei,

mit einem westlichen Gerechtigkeitsverständnis in die Welt zu gehen, erwiderte Rüdiger Oppers, dass Menschenrechte universell seien, „sonst wären es ja keine Menschenrechte. Somit sollte man sich auch im Ausland dafür einsetzen.“ Unterstützt wurde dies von Prof. Gabriel: „Das Wort Gerechtigkeit ist auf Universalität angesetzt.“ Auch Peter Maffay stimmte dem zu, indem er zum Ausdruck brachte, dass er glaube, das Gerechtigkeitsempfinden sei ein universales Empfinden. Er betonte dabei aber auch, dass es in der Welt noch lange nicht gerecht zugehe: „Wir sprechen heute von Gerechtigkeit, weil es offensichtlich nicht genug davon gibt. Ansonsten gäbe es gar keinen Diskussionsbedarf.“



Prof. Dr. Markus Gabriel





Prof. Manfred Güllner

Gründer und Geschäftsführer des Meinungsforschungsinstituts forsa
sowie Professor für Publizistik und Kommunikationswissenschaften an der FU Berlin

„GERECHTIGKEIT“ IN DEUTSCHLAND

MANFRED GÜLLNER

In den deutschen Medien wird häufig über soziale Schief-lagen und vielfältige Ungerechtigkeiten in der Gesellschaft berichtet. Diese recht massive Berichterstattung über soziale Ungerechtigkeiten führt dazu, dass auch die Bürger mehrheitlich glauben, in der deutschen Gesellschaft ginge es alles in allem eher ungerecht als gerecht zu. Dies zeigen verschiedene Untersuchungen, die forsa im Auftrag von Evonik Industries AG sowohl in Deutschland insgesamt als auch im Ruhrgebiet durchgeführt hat. Danach glauben in der Tat zwei Drittel aller Bundesbürger (67 %), dass die gegenwärtige Gesellschaft durch soziale Ungerechtigkeiten geprägt sei. Dieser Auffassung sind besonders häufig die unteren sozialen Schichten (also z.B. Arbeiter oder Hauptschulabsolventen) sowie die Anhänger der Linkspartei. Unter den jüngeren Befragten sowie den Anhängern der CDU/CSU ist der Anteil derer, die größere soziale Ungerechtigkeiten sehen, etwas geringer.

Eine Mehrheit von ebenfalls zwei Dritteln aller Bundesbürger (68 %) meint auch, dass es in Deutschland eine klare Entwicklungstendenz hin zu immer mehr Ungerechtigkeit gebe.

” Danach glauben in der Tat zwei Drittel aller Bundesbürger (67 %), dass die gegenwärtige Gesellschaft durch soziale Ungerechtigkeiten geprägt sei.

Von denen, die meinen, in Deutschland ginge es immer ungerechter zu, beklagen die meisten Bürger Ungerechtigkeiten bei der Einkommens- und Vermögensverteilung sowie die Benachteiligung bestimmter Bevölkerungsgruppen – vor

allem Ausländer oder Familien mit Kindern. Die in der öffentlichen und politischen Diskussion beklagte Benachteiligung von Frauen, die durch verstärkte Förderung von Frauen und die Einführung von Quoten bei der Besetzung von Positionen bekämpft werden müsse, wird jedoch nur von einer kleinen Minderheit von 2 Prozent tatsächlich als reale Ungerechtigkeit empfunden.

” Die Mehrheit der Arbeitnehmer (61 %) empfindet die eigene Bezahlung nicht als ungerecht, sondern angesichts der eigenen Arbeitsleistung als angemessen.

Dass die pauschale Einschätzung, es ginge in Deutschland immer häufiger nicht mehr gerecht zu, nicht unbedingt mit der tatsächlichen gesellschaftlichen Realität übereinstimmt, zeigt sich aber nicht nur am Beispiel der von der Politik und Teilen der Medien postulierten Ungerechtigkeit bei der Behandlung von Frauen und Männern in der Gesellschaft, sondern auch in anderen Bereichen. So meinen zwar 67 Prozent aller Bundesbürger, dass die meisten Beschäftigten in Deutschland in Bezug auf ihre Qualifikation und Leistung nicht angemessen bezahlt würden. Doch tatsächlich fühlt sich nur eine Minder-

heit von 37 Prozent aller Arbeitnehmer in Deutschland nicht angemessen bezahlt. Die Mehrheit der Arbeitnehmer (61 %) empfindet die eigene Bezahlung nicht als ungerecht, sondern angesichts der eigenen Arbeitsleistung als angemessen.

Wenn man einschätzen lässt, ob die in Deutschland pauschal beklagte soziale Ungerechtigkeit im Vergleich zu anderen westlichen Ländern größer oder geringer sei, relativiert sich die generell negative Einschätzung ebenfalls: Nur ganz wenige Bundesbürger (9 %) glauben nämlich, dass es in Deutschland mehr soziale Ungerechtigkeit gebe als in anderen vergleichbaren Ländern. 38 Prozent aber glauben, dass die Ungerechtigkeit in Deutschland geringer sei als in anderen Ländern (und 42 Prozent sehen keinen Unterschied im Ausmaß der Ungerechtigkeit).

Ebenfalls nur von einer Minderheit von 32 Prozent wird die Auffassung geteilt, das bestehende soziale Sicherungssystem sei ungerecht, weil es die jüngere Generation benachteilige. Die Mehrheit von 61 Prozent hält den „Generationenvertrag“ nach wie vor für gerecht. Auch von den 18- bis 29-Jährigen hält eine klare Mehrheit von 64 Prozent das Rentensystem nicht für ungerecht. So ist es nicht verwunderlich, dass die große Mehrheit der Bundesbürger (über 90 Prozent) – ohne jedwede Unterschiede in den einzelnen Alters- oder Berufsgruppen – im Hinblick auf das Rentensystem nicht mehr Gerechtigkeit, sondern mehr Reformen als bislang fordert, um die Altersversorgung auf eine sichere Grundlage zu stellen.

Zunehmend als ungerecht empfunden wird hingegen die im Hinblick auf die Energiewende betriebene Förderung von Solar- und Windenergie. So empfinden es zum Beispiel 81 Prozent der Nordrhein-Westfalen als ungerecht, dass die Verbraucher an Rhein und Ruhr die hohen Vergütungen für die Betreiber von Windrädern und Solaranlagen in anderen Regionen der Republik mitfinanzieren müssen.

Dafür verantwortlich, für möglichst gerechte Lebensverhältnisse in Deutschland zu sorgen, ist nach Meinung von zwei Dritteln aller Bundesbürger (69 %) die Politik. Dass die Wirtschaft hierfür verantwortlich sei, meint nur eine Minderheit von 10 Prozent. Allerdings trauen 49 Prozent der Bundesbürger derzeit keiner Partei zu, für soziale Gerechtigkeit Sorge tragen zu können. Der SPD trauen 24 Prozent, der Union 16 Prozent zu, für soziale Gerechtigkeit zu sorgen. Der Linkspartei, die die soziale Gerechtigkeit als Leitmotiv ihres politischen Handelns propagiert, traut außer den eigenen Anhängern kaum jemand auf diesem Gebiet Kompetenz zu.

Generell stellt sich vor diesem Hintergrund die Frage, welchen Stellenwert die soziale Gerechtigkeit im Wertekanon der Bundesbürger überhaupt besitzt. Richtig ist sicherlich, dass kaum jemand eine sozial ungerechte Gesellschaft wünscht, sondern dass Gerechtigkeit an sich schon für wünschenswert gehalten wird. Das zeigt sich unter anderem daran, dass kaum jemand Einwände gegen die Einführung des Mindestlohns oder der Rente mit 63 hat. Doch auch wenn beide Maßnahmen

von 70 oder 80 Prozent für richtig gehalten werden – wirklich wichtig ist beides nur für eine Minderheit der Bürger. Die Folge ist, dass die SPD, die beide Kernforderungen ihres Wahlprogramms inzwischen in Regierungshandeln umgesetzt hat, im Vergleich zur letzten Bundestagswahl im Herbst 2013 keine neuen Wähler gewonnen hat, sondern noch nicht einmal ihr Wählerpotential vom September letzten Jahres halten kann.

Dabei hatte schon das Ergebnis der Bundestagswahl 2013 gezeigt, dass der Stellenwert der sozialen Gerechtigkeit nicht mehr so hoch ist wie vielleicht einstmals in der Vergangenheit, als Verteilungskämpfe in der Gesellschaft in größerem Maße als erforderlich empfunden wurden und auch stattfanden. Zwar sagen auch heute noch 72 Prozent, dass der Wert der Gerechtigkeit sehr wichtig sei. Doch fast ebenso viele meinen, dass Werte wie Freiheit oder Sicherheit genauso wichtig seien

”

Die Mehrheit von 61 Prozent hält den „Generationenvertrag“ nach wie vor für gerecht.

wie Gerechtigkeit. So kommt es, dass die SPD trotz der ihr in puncto sozialer Gerechtigkeit noch zugewiesenen Kompetenz

keine Wähler gewinnen oder zurückgewinnen kann, weil ihr jedwede politische Kompetenz auf anderen Politikfeldern fehlt (insgesamt traute schon vor der Bundestagswahl 2013 nur ein

„ Zwar sagen auch heute noch 72 Prozent, dass der Wert der Gerechtigkeit sehr wichtig sei. Doch fast ebenso viele meinen, dass Werte wie Freiheit oder Sicherheit genauso wichtig seien wie Gerechtigkeit.

Zehntel aller Wahlberechtigten den Sozialdemokraten zu, mit den insgesamt in Deutschland bestehenden Problemen fertig werden zu können).

Die soziale Gerechtigkeit war im Bundestagswahlkampf – anders als etwa vom ARD-Demoskopie-Papst Jörg Schönborn unter Hinweis auf von ihm selbst veranlasste eher missglückte Fragen im ARD-Deutschlandtrend oder von Heribert Prantl von der Süddeutschen Zeitung lautstark behauptet – auch nicht das wichtigste Thema. Viel wichtiger war für die Mehrheit der Wahlbürger der Wert der Sicherheit – vor den Folgen der Euro- und Finanzkrise, vor den Auswirkungen anderer internationaler Krisen auf das Alltagsleben in Deutschland sowie in Bezug auf die Lage am Arbeitsmarkt oder die Versorgung im Alter. Den Aspekt der Sicherheit aber verkörperten und verkörpern

nach Meinung vieler Bundesbürger eher Angela Merkel und ihre Partei als die drei Parteien, die im Irrglauben an die Einschätzung prominenter Journalisten den Wahlkampf mit dem Thema soziale Gerechtigkeit bestritten.

Der Anteil der CDU/CSU-Wähler war bei der letzten Bundestagswahl mit 29,3 Prozent (bezogen auf alle Wahlberechtigten) fast genauso hoch wie die Anteile von SPD, Grünen und Linkspartei zusammen (30,3 %), die mit ihrem Umverteilungswahlkampf wenig Vertrauen bei den Wählern gewinnen konnten.

So sehr auch die Bundesbürger den Eindruck vermittelt bekommen, es ginge in Deutschland generell immer ungerichter zu: Im Alltag der Menschen spielt die soziale Gerechtigkeit nicht die ihr von vielen zugeschriebene dominante Rolle.



Keine Bildung ist auch keine Lösung!

FREIE BILDUNG AUCH FÜR FLÜCHTLINGE

BILDUNG ist was WERT

Lieber STAAT HAB KEINE ANGST VOR KRITISCHEN BÜRGERN

Keine Bildungsproduktion für die Wirtschaft!!





Prof. Dr. Markus Gabriel

Inhaber des Lehrstuhls für Erkenntnistheorie,
Philosophie der Neuzeit und Gegenwart an der Universität Bonn

DER WERT DER GERECHTIGKEIT

MARKUS GABRIEL

Gerechtigkeit ist ein schwieriges Thema. Nähert man sich der Frage, was Gerechtigkeit ist oder worin Gerechtigkeit eigentlich besteht, kommt einem eine anscheinend viel dringlichere Frage sofort in die Quere, nämlich die Frage, was gerecht ist. Man muss also zunächst einmal die beiden Fragen:

1. Was ist Gerechtigkeit?

und

2. Was ist gerecht?

unterscheiden. Nennen wir dies die *Grundfragen der Gerechtigkeits-theorie*. Natürlich kann man die eine nicht beantworten, ohne die andere zu beantworten. Dies ist der Ausgangspunkt

der ersten ausgearbeiteten Theorie der Gerechtigkeit, die sich im ersten Hauptwerk der politischen Philosophie, in Platons

”

Das Problem der vielen Gerechtigkeiten lässt sich unter der Frage „Was ist Gerechtigkeit?“ subsumieren.

Der Staat, findet.¹ Wie man dem Titel des Werkes entnehmen kann, geht es bereits in der antiken politischen Philosophie

¹ Platon: *Der Staat: Über das Gerechte*. Übersetzt von Otto Apelt. Hamburg 1989.

darum, dass Gerechtigkeit nicht nur eine Angelegenheit der einzelnen Bürgerinnen und Bürger², und damit nicht nur eine Sache der Moral, ist. Wir nennen nämlich nicht nur einzelne Personen, sondern auch Institutionen gerecht bzw. ungerecht.

Die beiden Grundfragen der Gerechtigkeitstheorie sind mit weiteren Weichenstellungen verbunden. Heutzutage sind sie umso schwieriger zu beantworten, als wir viele Formen der Gerechtigkeit unterscheiden, sodass es unklarer denn je zu sein scheint, was all dies eigentlich noch mit *der* Gerechtigkeit zu tun haben soll: Generationengerechtigkeit, Umweltgerechtigkeit, Geschlechtergerechtigkeit, Verteilungsgerechtigkeit usw.

Doch dieses Problem lässt sich elegant vereinfachen, da es doch wohl nicht wirklich um ganz verschiedene Formen von Gerechtigkeit geht, sondern darum, was in einem bestimmten Bereich oder einer bestimmten Gruppe von Personen gegenüber gerecht oder ungerecht ist. Das Problem der vielen Gerechtigkeiten lässt sich unter der Frage „Was ist Gerechtigkeit?“ subsumieren.

Im Folgenden werde ich in einem ersten Teil ausführen, dass Gerechtigkeit ein Wert ist, der mit einem großen Ideal zusammenhängt, das ich in Anlehnung an den französischen Philosophen Étienne Balibar als „Gleichheit-Freiheit (égalité-liberté)“

2 Der Einfachheit halber verwende ich in diesem und ähnlichen Fällen abkürzend die maskuline Form.

bezeichnen werde.³ Gerechtigkeit ist eine Norm, keine vorliegende Tatsache. Damit bezieht sich Balibar natürlich auf die französische Revolution. Da die „Brüderlichkeit“ ein Ideal ist,

”

Aufgabe des Staates ist es anzustreben, dass seine Institutionen die Bürger nicht dazu motivieren, ihre Freiheit zu missbrauchen.

das schon durch die Wortbildung dazu neigt, die Schwestern auszuschließen, und da es außerdem unter Umständen religiös vorbelastet ist, lässt Balibar es zu Recht fallen.

Wenn man einen angemessenen Nachfolger für „Brüderlichkeit“ sucht, wäre man vielleicht besser beraten, „Freundschaft“ oder vielleicht „Gastfreundschaft“ an seine Stelle zu setzen, doch dies steht auf einem anderen Blatt.⁴ Da die Einforderung der Gerechtigkeit viele Gestalten annimmt, ist es wichtig, einen gemeinsamen Kern herauszuschälen, der nicht davon berührt wird, dass es viele Formen der Gerechtigkeit gibt. Ich meine, dass dieser Kern – die Forderung der Gleichheit-Freiheit – ein

3 Balibar, Étienne: *La proposition égaliberté. Essays politiques 1989-2009*. Paris 2010.

4 So Derida, Jacques: *Politik der Freundschaft*. Frankfurt/Main 2002.

Wert ist, der objektiv und an sich besteht, ein Wert also, den wir nicht deswegen teilen, weil eine bestimmte Gruppe von Menschen – Autoritäten, Institutionen (wie die Kirche oder die Schule), oder gar Staat und Politik – uns diesen einimpft.

Im zweiten Teil werde ich mich mit zwei konkreten Gerechtigkeitsproblemen auseinandersetzen: Der Umweltgerechtigkeit und der Religionsgerechtigkeit, die beide zentrale Probleme unseres Zeitalters darstellen, Probleme, mit denen wir uns auseinandersetzen müssen, wenn die Menschheit eine Chance haben soll, überhaupt noch eine globale gerechte Ordnung anzustreben. Denn von dieser sind wir denkbar weit entfernt und ihr Zustandekommen ist so gefährdet und prekär wie eh und je.

I. DER WERT DER GERECHTIGKEIT

Es ist eine zentrale Aufgabe des Staates, durch Verteidigung und Verbesserung des sich immer dynamisch und historisch ausbildenden Rechtssystems dafür zu sorgen, dass die Bürger imstande sind, ihre Talente und damit auch ihre moralischen Anlagen zu entfalten. Dies entspricht Hegels berühmter Idee der Sittlichkeit, die er in seinen *Grundlinien der Philosophie des Rechts* entwickelt hat und die bis heute nichts

an Aktualität eingebüßt hat.⁵ Unter „Sittlichkeit“ versteht Hegel eine letztlich staatliche Ordnung, die allen Personen, die unter diese Ordnung fallen, die Chance einräumt, ihre Talente und Anlagen zu entfalten. Hegel hat dabei insbesondere deutlich gesehen, dass der Mensch weder an sich gut noch böse ist, sondern eben das Vermögen zu beidem hat. Gescheiterte Staaten lenken Menschen durch falsche Institutionen, die in der Hinsicht schlecht sind, dass sie die Ausübung unserer Freiheit von vornherein in Richtung des Bösen lenken. Aufgabe des Staates ist es anzustreben, dass seine Institutionen die Bürger nicht dazu motivieren, ihre Freiheit zu missbrauchen.

Deswegen führt die Ungleichheit der Chancen bei den Bürgern zur Frustration, weil sie nicht die ihnen jeweils angemessenen Gelegenheiten wahrnehmen können, ihre starken Seiten adäquat und im Gemeinwesen zu entfalten. Chancengleichheit ist nicht nur ein strategisches Ziel der Machterhaltung politischer Eliten, sondern der einzige Boden, auf dem es wahrscheinlich ist, dass die Bürger dazu neigen werden, ihre guten Anlagen gegenüber ihren schlechten Anlagen vorzuziehen.

Wir sagen heute ohne Umschweife, Gerechtigkeit sei ein Wert. Dies ist völlig richtig. Allerdings gilt es, an dieser Stelle

⁵ Vgl. natürlich Hegel, G.W.F.: *Grundlinien der Philosophie des Rechts*. Hamburg 1995. Für eine zeitgemäße Rekonstruktion des Sittlichkeitskonzepts vgl. neuerdings Ostritsch, Sebastian: *Hegels Rechtsphilosophie als Metaethik*. Paderborn 2014.

zwei allgemeine Möglichkeiten zu unterscheiden, wie man sich Werte und ihr Verhältnis zu Moral und Politik eigentlich vorstellt.

Die erste Möglichkeit verbinden Philosophen mit den Namen Thomas Hobbes und Niccolò Machiavelli. Sie ist allerdings viel älter und wurde auch schon in Platons *Der Staat* diskutiert, wo sie ein Denker namens Thrasymachos vertritt. Diese Auffassung lautet, dass das Recht immer *das Recht des Stärkeren* sei.⁶ Sie ist in verschiedenen Spielarten verbreitet. Der *Sozialdarwinismus* etwa lehrt, dass alle Werte, die wir Menschen haben, nur dadurch bestehen, dass sie dem Überleben der Spezies bzw. ihrer am besten evolutionär angepassten Vertreter dienen. Im *Kommunistischen Manifest* wird die These formuliert, die herrschende Ideologie sei die Ideologie der Herrschenden, was man so verstehen kann, dass Werte immer nur von politischen und ökonomischen Eliten festgelegt und den Anderen durch Indoktrination aufgenötigt werden.⁷ Diesem Modell zufolge wäre es die Aufgabe des Staates, die von ihm festgelegten Werte gegen den potentiellen Widerstand der Bürger durchzusetzen, indem er Sanktionen verhängt, vor denen sich die Bürger fürchten. Hinter diesem Modell verbirgt sich eine problematische Grundidee, die ich als *Wertekonstruktivismus* bezeichne. Dieser behauptet, dass die Menschen eigentlich

6 Platon: *Der Staat*, a.a.O., S. 20.

7 Engels, Friedrich / Marx, Karl: *Das kommunistische Manifest*. Berlin 1929, S.42.

von Natur aus keine Werte haben, dass diese Werte nur durch soziale Auseinandersetzung entstehen und dann in der Form des Rechts zur Disziplinierung der Bürger führen.

Man kennt diese Idee auch als „Fassadentheorie“, wie dies der Biologe Frans de Waal genannt hat.⁸ Die Fassadentheorie sagt, dass diejenigen, die von Gerechtigkeit sprechen, damit

”

Wir malen uns die harte
natürliche Wirklichkeit des
Überlebenskampfes auf unserem
Planeten demnach mit unseren
Werten nicht rosarot an.

immer nur egoistische Ziele verfolgen – Politiker wollen ihre Macht erhalten, Unterlegene wollen mehr Macht einfordern, Benachteiligte Vorteile erzielen usw. Ich halte den Wertekonstruktivismus und seine Fassadentheorie nicht nur für überzogen pessimistisch, sondern für falsch. Bei genauerem Hinsehen verfälscht er unsere Werte und wird ihrem Status nicht wirklich gerecht. Dazu gleich mehr.

8 Vgl. de Waal, Frans: *Primaten und Philosophen. Wie die Evolution die Moral hervorbrachte*. München 2008.

Die zweite Möglichkeit, über Werte nachzudenken, ist vor allem mit den Namen Platon, Kant und Hegel verbunden. Alle drei nehmen an, dass es objektiv bestehende Werte gibt, die wir Menschen dank unserer Vernunft nicht nur empfinden, sondern auch verstehen und begründen können. Diese Position bezeichne ich als *Werterealismus*. Er nimmt an, dass Werte real sind, dass sie nicht nur anerkannt werden, weil eine Gruppe von Menschen sich zugunsten ihrer eigenen Ziele oder der Ziele der Menschheit im allgemeinen zu ihnen bekennt. Vielmehr ist es diesem Modell zufolge so, dass wir deswegen alle einen Gerechtigkeitsinn haben, weil Werte wie Gerechtigkeit so real sind wie alles andere, was es gibt. Wir malen uns die harte natürliche Wirklichkeit des Überlebenskampfes auf unserem Planeten demnach mit unseren Werten nicht rosarot an. Vielmehr ist die nihilistische Vorstellung, dass die Natur ein wertefreier, letztlich egoistischer Überlebenskampf ist – dessen Agent das egoistische Gen oder der egoistische *homo oeconomicus* ist – eine Verzerrung der moralischen Wirklichkeit. Wenn wir sehen, wie sich eine Person vor Schmerzen auf dem Boden windet, empfinden wir eine spontane Neigung, ihr zu helfen. Wenn wir wirklich verstehen, dass einige Billigprodukte nur deswegen käuflich erhältlich sind, weil sie aus Sklavenarbeit hervorgehen, werden wir uns dreimal überlegen, ob wir sie wirklich kaufen sollen. Genau deswegen gehört es auch zu den Aufgaben des Staates,

uns über die Produktion und Verteilung materieller Güter aufzuklären und einzugreifen, wenn sichtbar wird, dass deren konkrete Produktionsbedingungen unverkennbar unmoralisch und ungerecht sind. Denn die staatlichen Institutionen sind dazu verpflichtet, deutlich besser informiert zu sein, als die einzelnen Bürger. Sie entlasten uns, indem sie uns helfen, uns nicht unmoralisch verhalten zu müssen. Scheitern sie in dieser Funktion – wie in einem Bürgerkrieg –, führt dies dazu, dass die Bürger ihre guten Seiten nicht ausleben können, weil sie in einen wirklichen Überlebenskampf verstrickt werden.

Das Verhältnis von Wertekonstruktivismus und Werterealismus kann man sich an einem vielzitierten Beispiel Platons leicht verständlich machen.⁹ Im Dialog *Eutyphron* stellt Sokrates die berühmt gewordene Frage, ob das Gute gut sei, weil die Götter es für gut halten, oder ob die Götter das Gute für gut halten, weil es gut ist.¹⁰ Diesem Schema entsprechend sagt der Wertekonstruktivismus

9 Zur allgemeinen Diskussion von Konstruktivismus und Realismus unter Einbeziehung neuer Argumente gegen den moralischen Konstruktivismus bzw. Relativismus vgl. die Beiträge in Gabriel, Markus (Hrsg.): *Der neue Realismus*. Berlin 2014. Zum moralischen Realismus vgl. dort insbesondere die Beiträge von Akell Bilgrami, Paul Boghossian und Dieter Sturma. Einschlägig ist auch der schon etwas ältere Band Vogel, Mathias (Hrsg.) / Winger, Lutz (Hrsg.): *Wissen zwischen Entdeckung und Konstruktion*. Berlin 2003.

10 Vgl. Platon: *Eutyphron*. Übersetzt von Klaus Reich. Hamburg 1968.

Wertekonstruktivismus: Es gibt Werte, weil eine bestimmte Gruppe an sie glaubt (und sie dadurch konstruiert, erfindet bzw. hervorbringt).

Der Werterealismus dagegen behauptet

Werterealismus: Eine bestimmte Gruppe glaubt an Werte, weil es sie wirklich gibt (und die Gruppe dies herausfindet bzw. entdeckt).

Eine beliebte Überlegung, die in den Augen vieler Menschen für den Wertekonstruktivismus spricht, beruft sich darauf, dass verschiedene Gruppen ganz verschiedene konkrete Vorstellungen einbringen, wenn sie Gerechtigkeit einklagen. Was die einen für gerecht halten, halten die anderen für ungerecht. Die einen finden etwa, es sei ungerecht, dass deutsche Staatsbürger in Österreich Maut bezahlen müssen, während die Österreicher in Deutschland keine Maut bezahlen müssen, und fordern deswegen – im Namen der Gerechtigkeit –, dass auch auf deutschen Autobahnen eine PKW-Maut eingeführt wird. Die anderen hingegen finden, es sei gerecht, dass niemand PKW-Maut zahlen muss, und wollen deswegen auch keine PKW-Maut in Deutschland einführen. Die einen finden im Namen der Gerechtigkeit, man müsse es vermeiden, dass die Gehaltschere in Deutschland weiter auseinanderklaffe, während die

anderen finden, es sei doch nur gerecht, dass man für mehr Arbeit oder für Jobs mit höherer Verantwortung auch mehr Geld verdiene.

Ein anderes Beispiel ist die Generationengerechtigkeit. Ist es gerecht, die Renten stagnieren zu lassen und das Kindergeld zu erhöhen oder umgekehrt? Auch ökologische Gerechtigkeit kann man in Betracht ziehen: die einen finden, es sei gerecht, grundlegende Rechte auch auf andere Tierarten (und nicht nur den Menschen) auszudehnen, während andere finden, dies sei ungerecht, da der Mensch die Krone des Tierreichs (oder, je nach Glaube, der Schöpfung) sei. Oder wie steht es mit der Frage, ob es gerecht ist, dass wir in Deutschland den Sonntag als besonderen Tag auszeichnen und Glocken läuten lassen, während man es Juden, Muslimen sowie anderen Glaubensgemeinschaften schwer macht, ihre Feiertage und Glaubensdemonstrationen in derselben Weise im öffentlichen Raum der demokratischen Gemeinschaft zu zelebrieren.

Es sieht also so aus, als ob es gar keinen fixen Wert der Gerechtigkeit gibt, sondern nur etwas, was bestimmte Gruppen als Wert akzeptieren und anderen Gruppen im politischen Kampf aufnötigen wollen. Der Name der Gerechtigkeit würde dann immer nur bestimmten Zwecken und Interessen dienen. Iustitia wäre nicht die blinde Göttin der Gerechtigkeit, die ohne Ansehen der Person urteilt, sondern sähe immer durch die Augen derer, die imstande sind, ihre Interessen gegen die Interessen anderer durchzusetzen.

Doch dieser Argumentation liegt ein Fehlschluss zugrunde, den man durchschauen kann. Denn die Argumentation nimmt in Anspruch, dass daraus, dass verschiedene Gruppen verschiedener Meinung in einer bestimmten Angelegenheit sind, folgt, dass es keine objektiven Tatsachen gibt, die für die Meinung der einen und gegen die Meinung der anderen spricht. Doch dieses Prinzip gilt nicht im allgemeinen. Wenn etwa eine Gruppe der Meinung ist, dass Frauen minderwertige Menschen sind und eine andere Gruppe meint, Männer und Frauen seien gleichberechtigt, folgt daraus doch nicht, dass es keine objektive Antwort auf die Frage gibt, wer recht hat. Dieser Fall ist doch eher so, dass wir über die letzten Jahrhunderte herausgefunden haben, dass alles, was gegen die Gleichberechtigung von Mann und Frau spricht, auf teilweise ziemlich stumpfsinnigen Aberglauben beruht. Ein anderes Beispiel ist die vielerorts auf unserem Planeten immer noch umstrittene Homosexualität. Auch dank des wissenschaftlichen Erkenntnisfortschritts wissen wir, dass Homosexualität völlig natürlich und jedenfalls weder eine körperliche noch eine geistige Krankheit ist. Wer also meint, es sei gerecht, Homosexuelle und Frauen in irgendwelchen öffentlich-rechtlichen oder moralischen Angelegenheiten schlechter als Heterosexuelle oder Männer zu behandeln, weil ein Wertekanon dies befiehlt, täuscht sich einfach. Natürlich gibt es gute politische Gründe dafür, Familiengründung (auch

in der Form der Adoption) öffentlich-rechtlich zu unterstützen. Es gibt auch gute politische Gründe für verschiedene Formen positiver Diskrimination (wie Frauenquoten).

Hier ist es wichtig, zwei Dinge zunächst einmal auseinanderzuhalten. Das eine ist der politische Kampf, in dem es um Interessenkonflikte geht. Interessenkonflikte werden nicht immer dadurch gelöst, dass man moralische Werte in Betracht zieht. Denn häufig sind streitende Parteien sich in moralischen Fragen einig, meinen aber, dass aus konkreten Gründen (etwa Güterknappheit) schlichtweg nicht die beste aller möglichen Lösungen realisierbar sei. Dann wird man – wenn auch mit einem weinenden Auge – nach einer moralisch nicht optimalen Lösung Ausschau halten. Solche tragischen Fälle treten besonders deutlich in Kriegssituationen hervor. Die Unversehrtheit des menschlichen Leibes ist ein Menschenrecht und ein unerschütterlicher Grundwert der Menschheit. Wenn überhaupt irgendetwas, dann ist das Tötungsverbot ein Wert. Dennoch wird manchmal sogar im Namen der Gerechtigkeit getötet, etwa, um Genozide oder andere Gräueltaten zu verhindern.

Ziehen wir ein einfaches Beispiel in Betracht, um den Gedanken zu illustrieren. Angenommen, jemand rennt mit einer Waffe auf eine andere Person zu und droht lauthals, diese zu ermorden. Ein Polizist sieht dies und entscheidet sich dafür, den Angreifer zu verletzen oder sogar zu töten, um ihm an der Ausführung seiner Tat zu hindern. In diesem Fall hat der Poli-

zist vielleicht den Angreifer getötet. Gleichwohl war dies immer noch besser, als wenn der Angreifer die unschuldige Person ermordet hätte. Warum sollte man diese Situation so beschreiben, dass der Polizist auch nur ein Mörder unter anderen ist, anstatt zu sagen – wie man normalerweise in einem

”

Kurzum, die menschliche Handlungssituation ist ausgesprochen *komplex*, da verschiedene Gruppen mit verschiedenen Interessen aufeinander treffen.

gelingenden Staatswesen urteilen würde –, dass der Polizist im Namen der Gerechtigkeit gehandelt hat. Dies mag dem Polizisten schlaflose Nächte und ein drückendes Gewissen beschweren, weil es unmoralisch ist, jemanden zu ermorden. Dennoch kann er gerecht gehandelt haben. Kurzum, die menschliche Handlungssituation ist ausgesprochen *komplex*, da verschiedene Gruppen mit verschiedenen Interessen aufeinander treffen. Doch folgt daraus nicht, dass die Gesellschaft ein Ort des Kampfes und kein Ort wahrer Gerechtigkeit ist.

Eine andere Überlegung, die gegen den Wertekonstruktivismus spricht, findet sich übrigens nicht nur in der gesamten abendländischen Geschichte des abendländischen politischen Denkens immer wieder, sondern auch in der klassischen chinesischen Philosophie, vor allem bei Meng Zi (alias Menzius), dem anderen großen klassischen Denker neben Kong Zi (alias Konfuzius).¹¹ Diese Überlegung sieht folgendermaßen aus. Wenn es an sich keine Werte gäbe, sondern immer nur Werte, die eine bestimmte Gruppe konstruiert und anderen versucht, aufzudrängen, kämen Menschen völlig ohne Werte auf die Welt. Wir müssten ihnen Werte aufzwingen, damit sie später zu derjenigen Gruppe gehören können, die bestimmte Werte akzeptiert. So könnte man etwa meinen, dass staatliche Institutionen (wie Schulen) oder auch religiöse Autoritäten (wie Kirchen, heilige Schriften oder Religionsführer) dafür sorgen, dass man an sich wertfreien Individuen Werte sozusagen antrainiert. Doch dann wären Werte eine Art von Zwangsmechanismus. Sie würden uns nicht etwa freier machen, sondern uns lediglich eine Gruppenzugehörigkeit aufzwingen, die wir vielleicht aus Gründen der Absicherung des eigenen Lebens – also aus Angst und Schrecken – akzeptieren würden. Doch dann müsste man sich im Grunde genommen vor den Autoritäten und Institutionen fürchten, die einem Werte aufzwingen. Aber warum sollte etwa der Staat als eine Institution

¹¹ Vgl. dazu mit Stellen de Waal: *Primaten und Philosophen*, a.a.O., S. 69-72.

aufgefaßt werden, die Angst und Schrecken unter den Staatsbürgern – durch Polizeipräsenz und Verhängung von Gesetzen – verbreitet, damit diese sich an die staatlich indoktrinierten Wertesysteme binden?

”

Kooperation kommt zeitlich immer vor Egoismus, was selbst in evolutions- und entwicklungspsychologischen Sichtweisen Einzug hält.

Meng Zi drückt dies mit einem Gleichnis so aus. Wenn Menschen Bäume wären, aus denen man etwas schnitzen muss, was nicht die Form eines Baumes hat (sein Beispiel ist etwa ein Trinkgefäß), dann müsste man Menschen Gewalt antun, damit sie überhaupt Werte anerkennen. Doch dies spricht gegen den allgemeinen Befund, dass Menschen bereits mit Werten geboren werden, was letztlich sogar biologische Wurzeln hat, da wir als Lebensform schon soziale Lebewesen sind, die von der ersten Minute an auf das Vertrauen anderer setzen. Kooperation kommt zeitlich immer vor Egoismus, was selbst in evolutions- und entwicklungspsychologischen Sichtweisen Einzug hält.

„Entwicklungspsychologen glaubten lange, Kinder würden ihre ersten moralischen Entscheidungen aus Angst vor Strafe und dem Streben nach Anerkennung treffen lernen. Ähnlich den Fassadentheoretikern verstanden sie Moral als etwas, das von außen kommt, das Erwachsene den passiven, von sich aus selbstsüchtigen Kindern aufpropfen. Sie glaubten, Kinder würden die elterlichen Werte übernehmen und daraus ihr Überich aufbauen: die Moralagentur des Selbst. Sich selbst überlassen, würden Kinder noch nicht einmal in die Nähe von Moralität gelangen. Wir wissen heute jedoch, dass Kinder schon im frühen Alter den Unterschied zwischen moralischen Prinzipien (»Du sollst nicht stehlen«) und kulturellen Konventionen (»Nicht im Schlafanzug in die Schule«) begreifen.“¹²

Deswegen haben etwa Platon, Aristoteles, Rousseau und Hegel – um nur einige große Stationen des politischen Denkens in Erinnerung zu rufen – gemeint, dass Erziehung darin besteht, den richtigen Sinn (Aristoteles spricht vom *orthos logos*¹³) für Werte zu vermitteln, so dass unsere Kinder eine Chance erhalten, ihre moralischen Anlagen zu entfalten.

Demnach ist es auch eine zentrale Aufgabe der Politik, das Erziehungssystem und alle anderen Institutionen, für die der Staat zuständig ist, so einzurichten, dass der Staat uns nicht unmoralisch macht. Er kann uns nicht moralisch machen,

¹² Ebd., 76f.

¹³ Aristoteles: *Nikomachische Ethik*. VI 13, 1144b 23.

weil wir dies schon unabhängig vom Staat sind. Er kann uns nur helfen, Interessenkonflikte so zu steuern, dass diese uns nicht dazu zwingen, gegen unsere an sich moralische Natur zu handeln. Der Staat ermöglicht Freiheit und damit vor allem moralisch angemessenes Handeln, er erzwingt moralisch angemessenes Handeln aber nicht. Das war ja ein Problem des Tugendterrors der französischen Revolution, da dem Staat plötzlich zugemutet wurde, die Menschen moralisch zu machen. Der Staat ist keine Erziehungsanstalt, die dazu dient, das Böse im Menschen zu domestizieren, sondern ein System von Institutionen, das es ermöglicht, den Sinn fürs Gute zu kultivieren, indem Symptome des Bösen – wie körperliche Gewalt, Sklaverei usw. – bekämpft werden. Dabei geht es aus der Perspektive des Staats nicht um die Gesinnung der Staatsbürger, d.h. nicht darum, dass man ihnen das richtige Innenleben, die richtige Gefühlswelt beibringt, sondern zunächst nur darum, dass keine konkreten beobachtbaren Gefahren für Staatsbürger von anderen Staatsbürgern ausgehen, sofern solche Gefahren mit den Grundnormen der Menschenrechte unvereinbar sind.

Ich halte den Werterealismus für wahr. Es gibt objektive Werte und wir Menschen sind dazu imstande, diese unter geeigneten Umständen zu erkennen, d.h. insbesondere dann, wenn unser Urteil nicht durch Partizipation an Interessenkonflikten getrübt

ist. Schauen wir uns wiederum ein Beispiel an. Vor uns stürzt eine Fahrradfahrerin um. Wir reagieren sofort, indem wir unmittelbar der Überzeugung sind, dass sie hilfsbedürftig ist.

”

Mein Vorschlag lautet, dass die Norm Gerechtigkeit primär auf die Realisierung von Gleichheit abzielt.

Wenn unser Urteil nicht getrübt ist (weil die Fahrradfahrerin etwa unsere persönliche Feindin ist) oder komplizierende Umstände vorliegen (weil wir etwa gesehen haben, dass sie gerade einem Kind ein Spielzeug gestohlen hat), sehen wir ohne weiteres, dass sie der Hilfe bedarf. Wir erleben alltägliche Szenen dauernd unter moralischen und rechtlichen Vorzeichen und erleben damit so, dass wir in einer Wertewelt leben. Die Lebenswelt des Menschen – in die ständig auch andere Lebewesen eingeschlossen sind – ist eine Wertewelt. Es ist einfach nicht so, dass wir uns auch nur vorstellen könnten, wie es wäre, keine Werte zu haben, so dass man Werte erfinden müsste. Außerdem teilen alle Menschen gewisse Grundwerte. Keine Kultur meint, dass umfallende Fahrradfahrer, die sich

verletzen, etwa immer lustig sind oder dass man immer noch nachtreten sollte. Keine Kultur meint, dass man möglichst viele Neugeborene oder jederzeit seine politischen Feinde umbringen sollte.

Der Wertekonstruktivismus beruht auf einem verzerrten Menschenbild. Er unterstellt, dass Menschen an sich entweder überhaupt keine Werte haben oder eher sogar zum Bösen, etwa zu einem uneingeschränkten Egoismus neigen, der seinerseits als eine Durchsetzung von Eigeninteressen gegen die Interessen anderer aufgefasst wird. Dies ist aber eine ziemlich wilde Vermutung, die empirisch nicht gestützt ist.

Demnach darf man annehmen, dass es einen echten, objektiven Wert der Gerechtigkeit gibt, für den wir einen Gerechtigkeitssinn haben. Doch, wird man nun sicherlich wissen wollen, worin denn dieser Wert besteht? Was haben denn all die verschiedenen Formen der Gerechtigkeit gemeinsam?

Mein Vorschlag lautet, dass die Norm Gerechtigkeit primär auf die Realisierung von Gleichheit abzielt. Der Gerechtigkeitssinn beruht darauf, dass wir verstehen, dass jeder von uns zwar Interessen hat – wodurch wir uns voneinander unterscheiden –, dass wir aber gerade deswegen auch alle gleich sind. Wir sind imstande, einen objektiven Standpunkt einzunehmen und uns als ein Lebewesen mit bestimmten Interessen unter anderen mit anderen Interessen wahrzunehmen. Darin sieht Thomas Nagel völlig zu Recht die Möglichkeit des Altruismus,

was er in seinem gleichnamigen Buch ausgeführt hat.¹⁴

Eine zu weit klaffende Einkommensschere in einer Gesellschaft ist in dem Maße ungerecht, indem sie dazu führt, dass nicht alle Staatsbürger die gleichen Chancen haben. Es ist nicht ungerecht, dass einige Menschen deutlich mehr besitzen als andere, sondern ungerecht, wenn dies dazu führt, dass diejenigen, die weniger besitzen, niemals imstande sein werden, aufzusteigen, wenn sie sich dies denn wünschen. Nicht jeder will wirklich steinreich sein, da auch dies mit Nachteilen einhergeht. Aber niemand möchte bettelarm sein. Es gibt ein Mindestmaß an Wohlstand, das es uns erlaubt, ein den Menschenrechten angemessenes Leben zu führen, weshalb die Menschenrechtserklärung von 1948 (etwa Artikel 23-26) auch Einzelheiten enthält, die genau darauf abzielen. Aus diesem Grund diskutieren wir über Mindestlöhne, über die angemessene Höhe von Renten, Steuern, Elterngeld und Kindergeld, nicht nur deswegen, weil Eltern, Rentner, Kinder, Unternehmen und Gewerkschaften sich in einem harten Kampf miteinander befinden. Wir kämpfen in der Tat *für mehr Gerechtigkeit* und nicht nur *im Namen der Gerechtigkeit*. Ein Staat, der Institutionen einrichtet und die Veränderung von Institutionen daran orientiert, dass die Gesellschaft nicht nur ein Kampfplatz ist, heißt genau deswegen gerecht.

14 Nagel, Thomas: *Die Möglichkeit des Altruismus*. Berlin 2005. Vgl. auch Ders.: *Der Blick von Nirgendwo*. Berlin 2012.

II. WAS IST GERECHT?

Derzeit stehen in meinen Augen zwei dringende Probleme im Zentrum der Frage danach, was gerecht ist. Das eine Problem ist die Umweltgerechtigkeit, also ein ökologisches Problem, das andere Problem ist das Problem des Verhältnisses von Staat, Gesellschaft und Religion. Beide Probleme haben wiederum viele Facetten. Beim ökologischen Problem geht es um das Verhältnis des Menschen zur Natur auf unserem Planeten. Dabei liegen die Probleme anders, je nachdem, ob man sich fragt, wie der Mensch sich zur Verteilung und Ausnutzung belebter bzw. unbelebter Ressourcen verhält. Beim Problem der Religion geht es darum, ob wir überhaupt imstande sind, die Moderne als ein Projekt der Aufklärung fortzusetzen, das die allgemeine Menschenvernunft ins Zentrum rückt, oder ob wir annehmen müssen, dass Religionszugehörigkeit grundlegende Unterschiede zwischen Menschen nach sich zieht.

Beginnen wir mit dem ersten, dem ökologischen Problem. Das Neuartige unserer heutigen Situation lässt sich mit Bruno Latour darin sehen, dass wir die unbelebte Natur seit einiger Zeit mehr und mehr als politischen Akteur bzw., wie er sagt,

als Aktant auffassen.¹⁵ Wir haben nicht nur Nationalparks und sonstige schützende Ausstellungsorte der Natur, sondern werden uns allmählich auch des Umstandes bewusst, dass wir den Rest der Natur, zu der wir gehören, nicht schamlos ausbeuten dürfen. Menschen handeln im Namen der Natur und bringen sie damit in den Raum der Politik ein. Es gibt Tier- und Umweltschützer, was philosophische Fragen der Tier- und Umweltethik aufwirft. Insbesondere müssen wir mehr Klarheit darüber erlangen, was als gerecht gegenüber unserer natürlichen Umwelt gilt.

Auf den ersten Blick könnte man meinen, dass es dabei letztlich nur um uns Menschen geht, da Umweltverschmutzung insbesondere uns Menschen schadet. In diesem Fall wäre das wahre Objekt unserer politischen Diskussion um die Einbeziehung der Natur wiederum der Mensch, während die Natur nur ein indirektes Stimmrecht erhielte. Doch dies ist irreführend. Es ist vielmehr so, dass wir angefangen haben zu verstehen und vor allem anzuerkennen, dass andere Tierarten auch ein bewusstes Leben führen und dass sich die Natur auf ganz andere Weisen auffassen lässt, als uns diese vom menschlichen Standpunkt aus erscheint. Der Standpunkt anderer Lebewesen, vor allem anderer Tierarten, wird uns

15 Vgl. vor allem Latour, Bruno: *Das Parlament der Dinge. Für eine politische Ökologie*. Frankfurt/Main 2010. Zur Entwicklung von Latours Politikbegriff vom Standpunkt der Philosophie vgl. neuerdings Harman, Graham: *Bruno Latour: Reassembling the Political*. London 2014.

langsam als etwas verständlich, das prinzipiell genau so Respekt verdient, wie menschliches Bewusstsein. Respekt ist Latein für Rücksicht und auf etwas oder jemanden Rücksicht zu nehmen, bedeutet zunächst einmal, es, sie oder ihn in unsere Überlegungen mit einzubeziehen. Wir können die anderen Tierarten und ihre artspezifischen Umwelten nicht mehr einfach nur übergehen, weil wir verstehen, dass der Mensch nicht etwa ein ausgezeichnetes Geschöpf ist, um dessen Fortbestand sich die Natur sorgt. Im Naturganzem sind wir ebenso wenig hervorgehoben wie Mikroben, Tannenwälder oder Pustebäume. Es gibt nämlich keine Mutter Natur, die sich um ihre Zöglinge kümmert, sondern lediglich und erfreulicherweise unzählige Lebensformen, die sich auf unserem Planeten aufgrund unüberschaubar komplexer Konstellationen über kosmische Zeiträume hinweg entwickelt haben. Wir wissen inzwischen, dass es geologische Zeiträume gibt, die Prozessen zugrunde liegen, die so weit über einzelne Menschenleben hinausgehen, dass wir unsere Einschätzungsskala radikal umstellen müssen, wenn es um das Naturganze auf unserem Planeten geht. Gerade weil Lebensformen auf dem Weg der Evolution entstanden sind, der nicht zielgerichtet und absichtlich ist, bedeutet das Aussterben einer Lebensform einen endgültigen und irreversiblen Tod. Wie viele Arten aussterben können und wie viel Umweltzerstörung unser Planet ertragen kann, ehe unsere Lebensform sich selbst

ausrottet, ist uns im Grunde genommen gar nicht bekannt. Deswegen ist es das erste Prinzip der Umweltgerechtigkeit anzuerkennen, dass es keine Naturordnung gibt, die alle Lebensformen schützt. Mutter Natur gibt es nicht als einen sicheren Ort des Lebens. Da wir die technologischen Fähigkeiten haben, weite Teile der Natur buchstäblich zu verwüsten und da es keine Person oder mythische Quasi-Persönlichkeit gibt, welche die Natur beschützt, sind wir der Natur gegenüber verantwortlich.¹⁶

Nehmen wir ein konkretes Beispiel, die CO₂-Emission. Durch diese tragen Menschen auf hochgradig beschleunigende Weise zum Treibhauseffekt bei, was einer unserer Einflüsse auf den Klimawandel ist. Unsere Nutzung fossiler Brennstoffe, die unter anderem die industrielle Revolution angetrieben hat und weiter antreibt, haben wir inzwischen als Quelle von Umweltübeln durchschaut. Wir können uns also nicht durch Unwissen rechtfertigen. Daraus folgt umgehend, dass wir alles Menschenmögliche tun sollten, um alternative, ökologisch gerechte Energiequellen zu finden und allgemein nutzbar und zugänglich zu machen. An dieser Einsicht hängt das Fortleben der Menschheit und vieler anderer Lebensformen auf unserem Planeten, weshalb die Umsetzung von Handlungsplänen im Licht dieser Einsicht von der Norm der Gerechtigkeit gesteuert

16 Vgl. dazu Jonas, Hans: *Das Prinzip Verantwortung. Versuch einer Ethik für die technologische Zivilisation*. Frankfurt/Main 42003.

wird. Es ist gerecht, fossile Brennstoffe so schnell wie möglich aus dem Verkehr zu ziehen und durch ökologisch gerechtere Energiequellen zu ersetzen. Da wir nicht mehr viel Zeit haben, ehe wir einen möglicherweise unumkehrbaren Prozess der Verwüstung unserer Atmosphäre eingeleitet haben, den wir nie mehr unter Kontrolle bringen können, ist es dringend

” Der fundamentale Irrtum besteht aber darin, in der Religion eine Quelle von Werten oder gar die Grundquelle der Menschenrechte zu sehen.

geboten, dass wir unser Handeln an diesem konkreten Fall der Gerechtigkeit orientieren.

Ähnliche Einsichten gelten in Bezug auf unser Verhalten gegenüber anderen Lebensformen, anderen Tierarten. Je mehr wir über das Bewusstsein anderer Lebewesen auf unserem Planeten erfahren, desto deutlicher sollte es uns werden, dass wir nicht allein sind. Wir müssen nicht nach intelligentem außerirdischen Leben Ausschau halten, sondern sind von intelligentem Leben umgeben, ob wir an Tier- und Menschenaffen, Delphine, Elefanten oder unsere geliebten

Haustiere denken. Der Kreis bewussten Lebens ist vermutlich größer, als wir dies meinen, da wir derzeit immer noch vor allem am bewussten Leben von Tierarten interessiert sind, die uns irgendwie ähnlich sind. Unser Sinn für tierethische Prinzipien ist noch nicht sehr gut geschärft.

Abschließend möchte ich noch auf das ebenso dringliche Thema der Gerechtigkeit gegenüber den Religionen zu sprechen kommen. Wir leben in einem Zeitalter der Wiederkehr der Religionen im folgenden Sinn. Eine Zeitlang galt es als ausgemacht, dass die Menschheit in der Moderne dazu neigt, immer weniger religiös zu werden, da man dachte, bei der Religion handele es sich um eine Form von institutionell unterstütztem Aberglauben, den man mit Vernunft und Wissenschaft therapieren kann. Deswegen bot man ein wissenschaftliches Weltbild auf, das gegen ein angeblich religiöses Weltbild sprechen sollte.¹⁷ Diese Auffassung ist aus vielen Gründen naiv, insbesondere, weil sie sich nicht mit den Religionen und ihren wirklichen Inhalten beschäftigt, sondern meint, es gebe ein einziges Phänomen, das man als Religion bezeichnen kann, eine Idee, die insbesondere derzeitige Religionskritiker propagieren, die sich an Richard Dawkins anschließen.¹⁸

17 Vgl. genau dagegen kritisch Gabriel, Markus: *Warum es die Welt nicht gibt*. Berlin 2014.

18 Vgl. Dawkins, Richard: *Die Schöpfungslüge. Warum Darwin recht hat*. Berlin 2012. Sowie Ders.: *Der Gotteswahn*. Berlin 2007.

Allerdings gibt es ein Problem mit der Religion in einem globalen Kontext. Dieses Problem besteht darin, dass an verschiedenen Orten auf unserem Planeten jeweils verschiedene religiöse Gruppen eine Mehrheit bilden. Dies führt leicht zu der verkehrten Auffassung, dass die religiösen Gruppen damit die Werte derjenigen Menschen bestimmen oder bestimmen sollten, die an diesen Orten leben. So könnte man etwa meinen, Europa sei irgendwie christlich, da in Europa die Christen die religiöse Mehrheit bilden. Erweitert man seinen Gesichtskreis etwas und bezieht Nord- und Südamerika mit ein, könnte man sogar meinen, dass es den Westen gibt, der bestimmte Werte vertritt, weil er im Grunde genommen ein christliches Projekt ist. Dagegen stünden dann andere Regionen, etwa die islamische Welt oder sogar der gesamte Osten, was natürlich schon als soziopolitische Aufteilung nicht zutrifft, da sich die Russische Föderation auch geographisch im Osten befindet und als christlich angesehen werden könnte.

Der fundamentale Irrtum besteht aber darin, in der Religion eine Quelle von Werten oder gar die Grundquelle der Menschenrechte zu sehen. Ich halte den Schutz des menschlichen Lebens für das oberste Menschenrecht. Dies bedeutet aber, dass es ein unantastbarer Wert ist. Nun ruft etwa die Bibel an vielen Stellen dazu auf, Menschen zu töten. Nach Levitikus 20:13 soll man Homosexuelle töten: „Und wenn ein Mann bei einem Manne liegt, wie man bei einem Weibe liegt, so

haben beide einen Greuel verübt; sie sollen gewisslich getötet werden, ihr Blut ist auf ihnen.“ In 1. Petrus 2 wird den Sklaven empfohlen, sich ihren Herrn unterzuordnen, was – wie viele

” Alle Menschen sind vernunftfähige Lebewesen und deswegen prinzipiell imstande, moralisch wertvolle ungetrübte Einsichten in Werte zu erlangen.

andere Stellen auch – jedenfalls nicht gerade gegen die Sklaverei spricht, die wiederum nicht mit den Menschenrechten vereinbar ist. Die Bibel enthält viele weitere Stellen, an denen Werte formuliert werden, die mit den Menschenrechten unvereinbar sind. Natürlich widerspricht hier vieles dem fünften Gebot, dem Tötungsverbot und es ist nicht klar, wie man es sich verständlich machen soll, dass der Gott der monotheistischen Religionen Judentum, Christentum und Islam ein Tötungsverbot erlässt und gleichzeitig in den heiligen Büchern dieser Religionen zu Kriegen aufruft. Man findet in diesen Schriften beides: Gebote der Gastfreundschaft und des Friedens sowie Regeln, die vorschreiben, wann man Menschen töten soll, was eine klare Rechtfertigung der Todesstrafe nach sich zieht, die

allerdings mit den Menschenrechten unvereinbar ist.¹⁹

Daraus folgt nicht, dass die Religion an sich grausam sei oder zu Grausamkeit aufrufe, da vieles von der wissenschaftlichen Deutung heiliger Schriften sowie auch davon abhängt, welche Elemente sich historisch auf welche Weise weiter entwickelt haben. Der entscheidende Punkt lautet aber, dass die Menschenrechte als Katalog allgemeiner Werte gerade nicht religiös begründet sind. Sie gelten nicht lokal oder regional und ihre Begründung hat nichts mit Himmelsregionen wie „dem Westen“ oder Religionsgruppen wie „dem Christentum“ zu tun.

Deswegen stellt sich die Frage, aus welchen Gründen wir Religionsfreiheit zu den Menschenrechten rechnen.²⁰ Ein Grund dafür könnte sein, dass wir damit Raum schaffen für die Anerkennung des Umstandes, dass andere anders denken. Religionsfreiheit ist ein Fall von Meinungsfreiheit. Allerdings erzeugt dies die Paradoxie, dass viele Religionen Vorschriften erheben, die mit einer säkularen Begründung von Menschenrechten unvereinbar sind. Und genau deswegen ist es gerecht, im öffentlichen Raum die Frage zu diskutieren, wie

sich die Religionen heute zum Staat verhalten. Es ist eine Sache der politischen Gerechtigkeit, Vertretern der verschiedenen Religionsgruppen Gehör zu verschaffen. Man darf sie nicht marginalisieren, indem man sie überhört. Genau dies führt zur Radikalisierung, ein Phänomen, das wohlgerne nicht nur auf eine einzige Religion beschränkt ist. Deswegen brauchen wir derzeit vor allem eine öffentliche Debatte über Religion und auch darüber, ob es etwa gerecht ist, dass christlich inspirierte Feiertage staatlich privilegiert behandelt werden. Sollte es wirklich Weihnachts- und Osterferien geben, sollte wirklich der Sonntag (und nicht etwa der Zeitraum von Freitag- bis Samstagabend) privilegiert behandelt werden? Oder sollten wir nicht vielmehr alle gemeinsam nach einer Säkularisierung von Auszeiten vom kapitalistischen Arbeitsstress suchen, die nicht dadurch gerechtfertigt ist, dass man meint, Gott habe ein Gebot erlassen, einen bestimmten Wochentag politisch auszuzeichnen? Dies wäre eine genuin politische Forderung, die sich nicht mehr auf die Religion abstützen müsste.

Ich komme zu dem Schluss, dass die Frage, was gerecht ist, sich immer von Fall zu Fall neu stellt, dass sie aber im Licht einer Norm der Gerechtigkeit zu diskutieren ist, die sich am vernünftigen Ideal der Gleichheit-Freiheit ausrichtet. Alle Menschen sind vernunftfähige Lebewesen und deswegen prinzipiell imstande, moralisch wertvolle ungetrübte Einsichten in Werte zu erlangen. Eine Aufgabe politischer Ordnungen

19 Vgl. dazu die Überlegungen des späten Jacques Derrida in *Seelenstände der Psychoanalyse. Das Unmögliche jenseits einer souveränen Grausamkeit*. Frankfurt/Main 2002.

20 Zu einer pragmatischen Rechtfertigung aus der Perspektive der Rechtsphilosophie vgl. etwa Leiter, Brian: *Why Tolerate Religion*. Princeton 2013.

besteht darin, dazu beizutragen, dass Staatsbürgern die geeigneten Umstände eröffnet werden, solche Einsichten zu erlangen. Die Aufgabe des Staates ist es hingegen nicht, den Bürgern Werte aufzuzwingen. Denn die Bürger bringen die Werte schon mit.

IMPRESSUM

Bonner Akademie für Forschung und Lehre praktischer Politik (BAPP),
Heussallee 18-24, 53113 Bonn

Tel.: 0228/73-62990

Fax: 0228/73-62988

e-Mail: bapp@uni-bonn.de

www.bapp-bonn.de

Facebook: www.facebook.com/bapp.bonn

Twitter: www.twitter.com/BonnerAkademie

Redaktion

Dr. Boris Berger (V.i.S.d.P.), Katharina Menrath, Hannes Wiethölter

Layout und Satz

stadtstranddesign - Franziska Harms, Tobias Kallmeyer

Druck

bonnprint.com GmbH

Recht

Das Werk ist in all seinen Teilen urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung ist ohne Zustimmung der Bonner Akademie für Forschung und Lehre praktischer Politik GmbH (BAPP) unzulässig. Dies gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung in und Verarbeitung durch elektronische Systeme.



BONNER AKADEMIE
FÜR FORSCHUNG UND LEHRE
PRAKTISCHER POLITIK

